

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 3 · 40. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 18.3.2009

Wahltermin

2009 harren die Parlamente auf Europa-, Bundes-, Stadt- und Kreisebene der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. Der Landtag streitet über Bedeutung und Lage der Wahltermine.

S. 3 Wissensvermittlung S. 8-13

Das 21. Jahrhundert: Zeitalter der Informationsvermittlung. Lehren und Lernen sind ein Thema gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. In dieser Ausgabe also viel Wissenswertes übers Wissen.

Entscheidungsfreiheit S. 15

Kommunen wollen und sollen größere Gestaltungsspielräume erhalten. Wie kann dies mit Blick auf die Beamtenbezahlung aussehen? Viele Wünsche und Vorschläge bei einer Anhörung zum Thema.

Europaforum

S. 18

Klimaschutz ist nur in internationaler Zusammenarbeit erfolgreich. 400 Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich auf einem Europaforum des Landtags damit, wie dies praktisch aussieht.



Schule, Uni, Berufsabschluss
Bildungsland – Zukunftsland

Inhalt

Inhalt/Blickpunkt	2
Wortgefechte um Wahltermin	3
<i>Landtagsmehrheit unterstützt Kommunalwahlen am 30. August</i>	
Atom-Energie spaltet den Landtag	4
<i>Aktuelle Stunde zu Chancen und Risiken</i>	
Was tun gegen die Krise?	5
<i>Landesparlament debattiert über ersten Nachtragshaushalt</i>	
Zwischen Naturschutz und Kulturlandschaft	6
<i>Geteilte Meinungen über einen „Nationalpark Siebengebirge“</i>	
Zeitungen unter Druck	7
<i>Fraktionen diskutieren über moderne Rahmenbedingungen</i>	
Allen Studierenden einen Studienplatz	8
<i>Eilanträge zur Zulassungssituation an Hochschulen</i>	
464 Millionen Euro für die Hochschulen	9
<i>Geldsegen löst im Landtag Freude und offene Fragen aus</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Diesmal sind es die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
Gesetzgebung	12
Zwischen mehr Unterricht und Lehrermangel	13
<i>Fachleute diskutieren Reform und künftige Struktur der gymnasialen Oberstufe</i>	
Aus den Ausschüssen	14
Leistungszulagen für kommunale Beamtinnen und Beamte?	15
<i>Kommunen fordern mehr Entscheidungsfreiheit beim Personal</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
„Wir wollen mehr Europa!“	18
<i>EU-Jugendforum zur Klima- und Energiepolitik</i>	
Porträt: Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	19
Video und Webcam: Live aus dem Landtag	19
Impressum	19



Ein hohes Gut

Bildung – ein großer Begriff mit großer Bedeutung insbesondere für die Landespolitik. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die Abgeordneten aller vier Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen nicht über bildungspolitische Fragen debattieren und entscheiden – schließlich ist die Bildungspolitik eines der zentralen, föderal organisierten Aufgabengebiete der deutschen Landesparlamente. Und so standen und stehen auch in diesen Tagen wieder zahlreiche Anträge und öffentliche Anhörungen zur Bildungspolitik auf den Tagesordnungen der Fachausschüsse und im Plenum des Düsseldorfer Landtags.

So fragen beispielsweise die Abgeordneten im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, wie die Rahmenbedingungen der universitären Lehre verbessert werden können und welche Effekte etwa die angekündigte Gründung von drei neuen Fachhochschulen auf die Hochschullandschaft mit sich bringt. Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung äußern sich derweil Ende März Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis zu der Frage, ob und wie die Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen zugunsten der Unterrichtsqualität zu reformieren sei. Und bereits Mitte Februar hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde im Plenum darüber diskutiert, wie die Finanzmittel aus dem Konjunkturpaket II den Hochschulen im „Bildungsland Nordrhein-Westfalen“ bestmöglich zugute kommen können.

WACHSENDE WETTBEWERB

Eines machen alle politischen Debatten deutlich: Die Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen – von den Kindertagesstätten über die Ganztagsgrundschulen bis hin zu den Universitäten und weit darüber hinaus – ist einem rasant fortschreitenden Wandel ausgesetzt. Das Tempo unserer Tage erfordert eine permanente Anpassung von Wissensvermittlung und Bildungsinhalten. Nicht nur im Vergleich der Bundesländer, auch auf europäischer und internationaler Ebene müssen sich Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende wie auch Berufstätige einem wachsenden Wettbewerb in Sachen Bildung und Qualifizierung stellen. Neuen Herausforderungen blickt auch das Lehrpersonal entgegen: Es geht um die zukunftsfähige Weiterentwicklung von bestehenden Bildungsangeboten und Bildungseinrichtungen.

Bereits im 19. Jahrhundert meinte Düsseldorfs berühmter Dichter Heinrich Heine: „Geld ist rund und rollt weg, aber Bildung bleibt.“ Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise wird erkennbar, worauf die Zukunft einer Gesellschaft tatsächlich beruht. Bildung ist ein hohes Gut, und zwar in allen Facetten.

SW

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Leserservice

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern abbestellen? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Wortgefechte um Wahltermin

Landtagsmehrheit unterstützt Kommunalwahlen am 30. August

4. März 2009 – Mit den Stimmen der Regierungsfractionen hat sich der Landtag mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Kommunalwahlen separat auf den 30. August 2009 zu legen (Drs. 14/8670). Nachdem der Verfassungsgerichtshof in Münster die Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit der Europawahl für verfassungswidrig erklärt hatte, lieferten sich Regierungs- und Oppositionsfractionen in einer Sondersitzung des Landtags ein heftiges Wortgefecht. Keine Mehrheit im Plenum fand der Vorschlag von SPD und Grünen, die Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl am 27. September zu koppeln (Drs. 14/8652 und 14/8645). In der Debatte forderte die Opposition außerdem den Rücktritt von Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP), da er die politische Verantwortung für das Münsteraner Urteil zu tragen habe (Drs. 14/8662).

Foto: Schälte

„Ein Landesgesetz wurde als nichtig verworfen, weil es das Demokratieprinzip verletzt“, resümierte **Hannelore Kraft** (SPD). „So etwas haben wir in NRW noch nicht erlebt.“ Der Termin für die Kommunalwahlen dürfe nicht zum „Spielball parteipolitischer Interessen“ gemacht werden, appellierte die Fraktionsvorsitzende an die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen. Durch einen separaten Wahltermin entstünden den Kommunen Mehrkosten in Höhe von 42 Millionen Euro. Niemand bezweifle außerdem, dass durch die Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl eine wesentlich höhere Wahlbeteiligung erreicht werden könne. „Ich will nicht glauben, dass Sie sehenden Auges diese Chance vorbeigehen lassen“, sagte Kraft zu Ministerpräsident Rüttgers.

„Diese Koalition beschädigt die Demokratie in Nordrhein-Westfalen“, meinte auch **Sylvia Löhrmann** (Grüne) zum Vorgehen von CDU und FDP. Den Regierungsfractionen sei es um nichts anderes gegangen, als die Wahlbeteiligung in den Kommunen niedrig zu halten, sagte die Fraktionsvorsitzende. Vor allem die FDP hoffe, hiervon zu profitieren. Und auch nach dem Urteilsspruch würden CDU und FDP weiterhin versuchen, bei den Terminen zu tricksen. „Das ist pure Arroganz der Macht“, so Löhrmann. Ihr Vorwurf an Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP): „Sie haben Ihr parteipoliti-

sches Eigeninteresse über Ihr Amt gestellt.“ Die Landesregierung müsse nun den Weg freimachen für eine von den Menschen gewollte Lösung. Diese werde im Übrigen auch von CDU-Kommunalpolitikerinnen und -politikern gefordert.

Eine „Inszenierung“ sah **Peter Biesenbach** (CDU) in den Beiträgen der Opposition. Während die Menschen angesichts der Wirtschaftskrise um Arbeitsplätze und Einkommen fürchteten, falle SPD und Grünen nichts anderes ein, als über Termine zu debattieren. „Kommen Sie sich selbst nicht albern vor?“, fragte der Parlamentarische Geschäftsführer. Den Thesen der Opposition lägen keinerlei Beweise und Belege zugrunde. „Wir wollen, dass kommunale Themen im Wahlkampf überwiegen“, erklärte Biesenbach und plädierte daher für einen separaten Termin. Die genannten Mehrkosten in Höhe von 42 Millionen Euro seien „Fantasiezahlen“. Tatsächlich würden die Kosten für die Kommunalwahlen 4,5 Millionen Euro betragen. „Wer Demokratie will, muss diese Kosten aufnehmen.“

„Die Städte und Gemeinden sind die Wurzel der Demokratie“, betonte **Christian Lindner** (FDP). Daher sei ein separater Termin für die Kommunalwahlen zu befürworten, auch wenn dies nur die „zweitbeste Lösung“ nach der ursprünglich

vorgesehenen Zusammenlegung mit der Europawahl sei. Die Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte und der personelle Aufwand seien akzeptabel, fand der Liberale. Pro Wahlberechtigtem schlage nicht ein Betrag von über 3,40 Euro, sondern ein Betrag von unter 1,50 Euro zu Buche. Anderslautende Behauptungen der Opposition seien „eine Manipulation der Öffentlichkeit“. Der SPD warf Lindner vor: „Sie trauen den eigenen Kommunalpolitikern nicht zu, dass sie auch außerhalb des Windschattens der Bundestagswahl reüssieren.“

„Wer in der Sache nichts zu bieten hat, muss mit Schmutz werfen“, kommentierte Innenminister **Dr. Ingo Wolf** (FDP) die Beiträge der Oppositionsfractionen. Er halte es für „irrwitzig“, aus einem mit knapper Mehrheit gefällten Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rückschlüsse auf die Arbeit von Ministerien und Ministern zu ziehen, wies Wolf die Rücktrittsforderungen von SPD und Grünen gegen seine Person zurück. Es sei nicht außergewöhnlich, dass es in juristischen Streitfragen unterschiedliche Auffassungen gebe. Mit der jetzigen Alternative eines separaten Kommunalwahltermins wolle die Landesregierung die Arbeit der kommunalen Gremien und Akteure vor Ort stärken und dafür sorgen, dass die Kommunalpolitik im Wahlkampf nicht unter die Räder der Bundestagswahl gerate.

SW

Atom-Energie spaltet den Landtag

Aktuelle Stunde zu Chancen und Risiken

11. Februar 2009 – Alarmiert von Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Andreas Pinkwart (FDP) bezüglich eines möglichen Neubaus von Atomkraftwerken in Deutschland machten die Oppositionsfraktionen von Grünen und SPD das Thema Atomkraft zur Aktuellen Stunde in der Plenarsitzung. Sie wollten wissen, ob es sich bei den Äußerungen um die offizielle Linie der NRW-Landesregierung handele oder ob es beim beschlossenen Atomausstieg bleibe.

Von der Diskussion über neue Atomkraftwerke (AKWs), so argumentierte **Reiner Priggen** (Grüne), profitierten allein die „vier großen Strommonopolisten“. Für Mittelständler und Stadtwerke sei der Bau eines neuen Atomkraftwerks viel zu teuer. Eine weitere Konzentration auf die großen Versorger behindere aber nur den ohnehin schon zu geringen Wettbewerb im deutschen Strom- und Gasmarkt. Auch der Klimaschutz und knapper werdende Ressourcen erforderten mehr Wettbewerb. Statt über Atomkraft zu debattieren, die in NRW eine „Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen“ sei und die öffentliche Hand Milliarden Euro koste, gelte es, gleichzeitig Strom und Wärme zu erzeugen, so der Energieexperte. Aber diese „effiziente Kraft-Wärme-Kopplung“, die auch Stadtwerken und dem Mittelstand nütze, friste ein Schattendasein in Nordrhein-Westfalen.

Um die großen Herausforderungen in der Energiepolitik zu lösen, hielt **Norbert Römer** (SPD) gesellschaftlichen Konsens für erforderlich. Die



Reiner Priggen (Grüne)



Norbert Römer (SPD)

Landesregierung reiße aber längst überwundene Gräben wieder auf. Gerade beim sensiblen Thema Atomkraft hätten die Menschen einen Anspruch darauf zu erfahren, was die Regierung plane. Einen aktuellen Boom der Atomkraft konnte der SPD-Politiker nicht erkennen. Auch aus Klimaschutzgründen biete die Atomenergie keine Perspektive. Sie leiste mit 2,5 Prozent Anteil am weltweiten Energieverbrauch – Tendenz sinkend – keinen nennenswerten Beitrag. „Man müsste schon die Welt mit Atomkraftwerken zuflastern“, sagte Römer. Das sei aber nicht zu verantworten. Auch die Probleme seien bekannt: ungelöste Endlagerfrage, Wettbewerbsbehinderung, Gefahr von Massenvernichtungswaffen.

Die CDU, sagte ihr Abgeordneter **Christian Weisbrich**, halte Atomkraft aus ökonomischen und ökologischen Gründen für unverzichtbar. Das sehe man inzwischen auch in anderen Ländern wie Italien, der Schweiz, in Frankreich, Großbritannien, Finnland, Schweden, Russland, China und den USA so. Auch das Europäische Parlament setze auf Kernkraft. Der CDU-Politiker forderte einen ausgewogenen Energiemix und eine Energieforschung ohne Denkverbote. Das Ziel sei sichere, saubere und bezahlbare Energie. Auch wenn in NRW keine neuen Standorte für Atomkraftwerke geplant seien, sei die Kernkraft eine Brückentechnologie. Wegen des Klimaschutzes und „damit die Tassen aber finanziell im Schrank bleiben“, müssten die vorhandenen Reaktoren länger am Netz bleiben. Oberstes Gebot sei die zügige Lösung des Entsorgungsproblems.

Ein klares Bekenntnis legte **Holger Ellerbrock** (FDP) ab: „Wir setzen wieder auf Kernkraft.“ Wenn man im Jahr 2030 aus der Kernenergienutzung aussteige, würden an nordrhein-westfälischen Hochschulen Lehrstühle für die Atomforschung verloren gehen. Der FDP-Sprecher kam in seiner Rechnung auf 14 Prozent Anteil der Atomenergie am weltweiten Stromverbrauch. Daher sei eine in diesem Sinne rationale Politik notwendig. „Wir leben doch nicht auf einer Insel der Glückseeligen“, argumentierte er, daher müsse man sich einbinden in ein europäisches Gesamtkonzept. Wenn man in Deutschland die 17 vorhandenen Reaktoren abschalte, liefen im



Christian Weisbrich (CDU)



Holger Ellerbrock (FDP)



Energieministerin Christa Thoben (CDU)

Fotos: Schälte

sonstigen Europa 180 AKWs weiter. „Wer Klimaschutz als Monstranz vor sich herträgt, aber Kernenergie ausblendet, ist nicht nur einäugig, der ist vollblind“, so Ellerbrocks Fazit.

Nirgends in Deutschland, versicherte Energieministerin **Christa Thoben** (CDU), sei der Neubau eines Atomkraftwerks geplant. Allerdings seien die festgelegten Restlaufzeiten der einzelnen Reaktoren willkürlich. Für den steigenden Stromverbrauch in Deutschland müsse entsprechende Vorsorge getroffen werden. Bei der Solarenergie habe man das Problem, dass es nur rund 1.800 Sonnenstunden pro Jahr gebe. Solaranlagen könnten daher nur ein Viertel der Energiemenge beitragen, die ein Atomkraftwerk leiste. Die Kernenergie sei ohne Klimabelastung und ohne Mehrkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher nutzbar. Die Ministerin warnte zudem, Deutschland dürfe in der Kernforschung nicht weiter hinter die führenden Staaten zurückfallen. Ein Festhalten am Atomausstieg gefährde die Versorgungssicherheit und die Klimaschutzziele.

SOW

Was tun gegen die Krise?

Landesparlament debattiert über ersten Nachtragshaushalt

4. März 2009 – Die Wirtschaftskrise hat NRW erreicht. Und das Land muss – mit Hilfe des Bundes – gegensteuern. Weitgehende Einigkeit herrschte bei den Fraktionen im Düsseldorfer Landtag über die aktuelle Lage. Was genau man aber tun müsse und ob die Wirtschafts- und Finanzpolitik richtig ausgerichtet sei, darüber stritten Regierungsfractionen und Opposition anlässlich der Einbringung eines Nachtragshaushalts für 2009. Dessen Hintergrund: Die Umsetzung des zweiten Konjunkturpakets des Bundes.

„Wir müssen als Staat gegen die Krise tun, was wir tun können.“ Mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründete Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** (CDU) den vorliegenden Nachtragshaushalt für 2009. Diesem lägen die Annahmen des Bundes hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung zugrunde; man wolle das Konjunkturpaket II jetzt zügig umsetzen. Der Abschwung betreffe die gesamte Weltwirtschaft. Gegen die Krise dürfe man nicht anspannen und auch die Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung nicht durch Kürzungen ausgleichen. Immerhin ergänzten – zusätzlich zu einem expansiv angelegten Haushalt – Land und Kommunen die Bundesmittel (2,13 Milliarden Euro für NRW) um weitere 711 Millionen Euro. Die unumgängliche Folge sei ein Anstieg der Neuverschuldung im Jahre 2009 um 2,64 Milliarden Euro auf dann 5,61 Milliarden Euro.

nach Wahlkampf Vorbereitung“, begründete Walsken ihr Ja zum Investitionspaket, ihr Nein zu „diesen verschleierte Haushaltsberatungen“.

Geringere Steuereinnahmen auf der einen Seite, höhere Ausgaben auf der anderen: **Volkmar Klein** (CDU) mochte der Argumentation seiner Vordrönerin, es werde ein „Wurstvorrat“ angelegt, nicht folgen. Endergebnis sei eine Nettokreditaufnahme von 5,6 Milliarden Euro. „Früher hatten rot-grüne Regierungen eine viel stärkere Neuverschuldung, und zwar ohne Krise“, sagte Klein. NRW verfüge über den Spielraum zum Handeln, da die schwarz-gelbe Regierung die Neuverschuldung im letzten Jahr auf Null reduziert habe. Nunmehr gebe sie 84 Prozent der Mittel aus dem Konjunkturpaket an die Kommunen weiter, in anderen Bundesländern seien dies nur 70 Prozent. Außerdem denke

und zusätzlich 1,3 Milliarden Euro zur Absicherung der WestLB. Die neuen Stellen seien zum Beispiel für die zügige Bearbeitung der Abwrackprämie notwendig. Grundsätzlich plädierte die FDP allerdings für eine stärkere Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Aber man stimme dem Zukunftsinvestitionsprogramm zu, da dies die Bildungseinrichtungen und die Infrastruktur voranbringe. Die vereinbarte Schuldenbegrenzung müsse tatsächlich umgesetzt werden.

„Höchster Schuldenstand aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen“ – Kein gutes Haar ließ **Ewald Groth** (Grüne) an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Landesregierung: höchster Ausgabenstand, sozialökologisch „voll daneben“, kein einziger Euro für Neuinvestitionen, Verfünfachung der Nettoneuverschuldung innerhalb von einem Jahr, kein eigenes Konzept gegen die Krise. Die gegenwärtige Landesregierung habe all ihre finanzpolitischen Versprechen gebrochen. Trotz fast 24 Milliarden Euro Mehreinnahmen in den letzten Jahren sei das Land im Vergleich der Bundesländer zurückgefallen; NRW sei im Finanzausgleich kein „Geberland“ mehr, sondern ein „Nehmerland“. Hätte die Landesregierung die Vorschläge der Opposition angenommen, wären die jetzt notwendigen Beschlüsse außerdem schon vor drei Wochen getroffen worden, sagte der Abgeordnete. *cw*



Gisela Walsken (SPD) machte deutlich, dass sie die finanzpolitische Linie und den Nachtragshaushalt so nicht mittragen könne. „Plan- und ziellos“ sei die Landesregierung, sie habe in Jahren guter Konjunktur keinerlei Vorsorge getroffen. Nun fehle ein eigenes Konjunkturpaket für Nordrhein-Westfalen. Des Weiteren finanziere der Finanzminister mit den angekündigten Schulden eben nicht das Konjunkturpaket, sondern neue Stellen in der Ministerialbürokratie. Außerdem lege er – im Windschatten der Finanzkrise – schuldenfinanziert ein Polster für andere Zwecke an. „Das riecht streng

man auch an freigemeinnützige und kirchliche Träger. Schlussendlich müsse man zudem einkalkulieren, dass NRW 2009 wieder in den Länderfinanzausgleich einzahlen müsse.

„Das Land hat in Rekordzeit“, so **Angela Freimuth** (FDP), „im Einvernehmen mit den Kommunen über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm entschieden“. Außer Niedersachsen sei kein anderes Bundesland so weit wie NRW. Seit 2006 habe die Landesregierung über 3 Milliarden Euro als Vorsorge zurückgelegt, konterte sie die Kritik der SPD,



Fotos: Schälte

Finanzminister
Dr. Helmut Linssen

Zwischen Naturschutz und Kulturlandschaft

Geteilte Meinungen über einen „Nationalpark Siebengebirge“

11. Februar 2009 – Soll das Siebengebirge Nationalpark werden? Und wie viel Naturschutz darf und soll es sein, wie viel Förderung von Wirtschaft und Verkehr in der betroffenen Region? Ein Thema, über das sich im Landtag auf der Grundlage eines Antrags der SPD (Drucksache 14/8543) die Geister schieden.

„Ein Juwel der Region!“, brachte **Renate Hendricks** (SPD) ihre Bewunderung für die Schönheit des Siebengebirges auf den Punkt. Ein Naherholungsgebiet mit Ausflugszielen in landschaftlich wunderbarer Umgebung. Bereits seit Jahrzehnten habe man hier erfolgreich Naturschutz praktiziert. Das Siebengebirge sei aber auch eine vom Menschen genutzte Kulturlandschaft. Dem stehe das Prinzip eines Nationalparks gegenüber, in dem die Natur eigentlich sich selbst überlassen bleibe. Hendricks' Fazit: „Die Landesregierung und ihre bestellten Gutachter ignorieren die Nachbarschaft des Ballungsraums und die Ungeeignetheit des Gebiets sowie die Proteste der Bürger.“ Sie forderte erstens die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens durch das Bundesamt für Naturschutz und zweitens schon heute die finanzielle Stärkung des vorhandenen Naturschutzes.

„Das Begehren, einen Nationalpark zu gründen, kommt aus der Region.“ Überrascht zeigte sich **Clemens Pick** (CDU) über die Haltung der SPD-Sprecherin, die nur als klare Ablehnung gewertet werden könne. Man stelle fest, dass es auf beiden Seiten – für und gegen einen Nationalpark Siebengebirge – Fachleute „in Kompaniestärke“ gebe. Pick resümierte, dass „wir den Nationalpark unter bestimmten Voraussetzungen wollen, wenn es von den Leuten in

der Region so gewollt ist, was der Fall zu sein scheint.“ Es gehe darum, für alles, was in der Region schützenswert sei, eine möglichst hohe Schutzkategorie zu erreichen. Der CDU-Sprecher kündigte an, dass die Nationalparkverordnung im Herbst dieses Jahres vorliegen werde. Dann könnten sich alle – auch das Bundesamt für Naturschutz – in die Beteiligungsverfahren einbringen.

Diese Landesregierung, so **Holger Ellerbrock** (FDP), habe es sich zum Ziel gemacht, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gemeinsam einen Nationalpark zu errichten und das Naturerbe zu bewahren. Dem stehe natürlich entgegen, dass das Siebengebirge schon heute durch den hohen Ansturm von Touristen einem erheblichen „Erholungsdruck“ unterliege. Hier müsse man Entlastung schaffen und angesichts der sehr differenzierten Ausprägung unterschiedlich wärmeliebender Pflanzen und Tiere auf einer relativ kleinen Fläche fragen: „Was können wir schützen?“ Ellerbrocks Antwort: „Es bietet sich in besonderem Maße an, einen Nationalpark einzurichten.“ Aber diesen wolle man nur mit der Bevölkerung, also als „Bürgerationalpark“ Siebengebirge machen und unter Beteiligung des hierfür zuständigen Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz.

Der Rede seines Vorredners hielt **Johannes Rimmel** (Grüne) entgegen: „Noch nicht mal in Ihrer eigenen Koalition gibt es eine Verständigung darüber, ob dieser Nationalpark eingerichtet wird oder nicht.“ Für die Grünen sei klar: Man wolle den Nationalpark. „Es muss aber auch Nationalpark drin sein, wo Nationalpark draufsteht.“ Die Kriterien, die den Naturschutz und Schutz der Artenvielfalt in den Mittelpunkt stellten, dürften nicht verwässert werden, da sonst die Marke „Nationalpark“ national und international in Frage gestellt werde. Die Diskussion über den Nationalpark zum Beispiel mit der Neuplanung von Straßen und Wirtschaftsförderung zu verknüpfen, bedeute letztendlich, den Nationalpark verhindern zu wollen. Wenn es diesen Druck tatsächliche gebe, müsse geprüft werden, ob ein Nationalpark an dieser Stelle überhaupt Sinn mache.

Er habe sich über den Antrag der SPD-Fraktion sehr gewundert, meinte Umweltminister **Eckhard Uhlenberg** (CDU). Nach deutschem Recht sei es nicht notwendig, ein Nationalparkkonzept nach den international geltenden Regeln zu bewerten. Kaum ein Nationalpark erfülle sämtliche Kriterien. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, eine von der Fachwelt anerkannte Institution, habe in einem Gutachten zum Ausdruck gebracht, dass die „naturschutzfachlichen Voraussetzungen“ für die Einrichtung eines Nationalparks im Siebengebirge gegeben seien. Die von der SPD geforderte Prüfung durch das Bundesamt für Naturschutz werde im Übrigen automatisch erfolgen. Schlussendlich werde er die Einrichtung eines Nationalparks jedoch von der Zustimmung der betroffenen Städte abhängig machen, betonte Uhlenberg. cw

Mit den Stimmen der Regierungskoalitionen lehnte der Landtag den von der SPD eingebrachten Antrag ab.

Neuer Minister

Lutz Lienenkämper ist neuer Minister für Bauen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen. Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff vereidigte den 39-jährigen CDU-Abgeordneten in der Sondersitzung des Landtags am 4. März 2009 im Plenarsaal. Der studierte Rechtsanwalt Lienenkämper gehört dem Landtag seit dem Jahr 2005 an und vertritt im Parlament die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich und Jüchen. Als Bau- und Verkehrsminister im Kabinett von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist er Nachfolger von Oliver Wittke.

Foto: Schälte



Zeitungen unter Druck

Fraktionen diskutieren über moderne Rahmenbedingungen

12. Februar 2009 – Die Krise der Zeitungsverlage ist ein Thema quer durch die Fraktionen. Die SPD stellte bereits vor einiger Zeit eine Große Anfrage zur aktuellen Situation des Zeitungsmarktes. Nun haben die Fraktionen von CDU und FDP das Thema auf die Tagesordnung im Plenum gesetzt (Drucksache 14/8336) und fordern bessere Rahmenbedingungen. Im Ziel sind sich alle einig: Eine vielfältige Zeitungslandschaft mit regionaler und lokaler Berichterstattung soll erhalten bleiben. Aber der Teufel steckt im Detail.

Als besonders erfreulich hob **Thorsten Schick** (CDU) hervor, dass 60 Prozent der Leserinnen und Leser in Nordrhein-Westfalen zwischen zwei Lokalzeitungen wählen könnten. Doch diese Vielfalt sei von verschiedenen Seiten bedroht, etwa durch das Internet als alternative Informationsquelle und als Markt für Kleinanzeigen. Die Politik sei in der Verantwortung, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, wobei der zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein Schritt in die richtige Richtung gewesen sei. Darüber hinaus mahnte der CDU-Sprecher jedoch zusätzliche Anstrengungen an. Die Politik müsse unter anderem die Frage beantworten, inwieweit sie Fusionen oder Kooperationen von Verlagen erleichtern könne. Zudem sei neu zu regeln, inwiefern Verlage sich im lokalen und regionalen TV- und Radiogeschäft betätigen könnten.

Auch **Ralf Witzel** (FDP) sah die Zeitungsverlage in einer Umbruchsituation und stimmte mit Schick darin überein, dass die Vielfalt unabhängiger Vollredaktionen erhalten bleiben müsse. Die Verlage, so Witzel, entwickelten sich im Zuge sinkender Auflagen zu Medienhäusern und stellten sich mit ihrem Angebot breiter auf. Die Koalition wolle in dieser Situation den Verlagen in NRW mit modernen Rahmenbedingungen das Bestehen auf dem Markt der Zukunft ermöglichen. Subventionen seien hier aber der falsche Weg. Der FDP-Abgeordnete plädierte vielmehr

dafür, verstärkt „crossmedial“ zu denken und bei Beteiligungsgrenzen künftig großzügiger zu sein. Über die Frage, welche rechtlichen Normen im Landesmediengesetz vorstellbar seien, sei man in einem guten Dialog mit Fachleuten und auch innerhalb der Koalition.

Für die SPD verwies **Marc Jan Eumann** darauf, dass ein funktionierender Informationskreislauf für eine Demokratie unverzichtbar sei. Auch er sah die Verlagswelt in einem Umbruch, der durch die Finanzkrise verschärft werde. Das führe, so Eumann, zu der Frage, ob die Monopolstellung einer Zeitung, die vor 20 oder 25 Jahren noch weitaus mehr Haushalte erreicht habe als heute, nicht neu bewertet werden müsse. Der SPD-Politiker verwies darauf, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Tradition gebe, nach der bereits die Vorgängerregierung über die Landesrundfunkgesetzgebung Verlage und ihre Entwicklung zu Medienhäusern gefördert habe. Direkte Zuschüsse seien zwar „ein schwieriges Feld“, man müsse aber darüber nachdenken, ob bei der Nachrichtenagentur dpa möglicherweise über ein Stiftungsmodell etwas zu erreichen sei.

Oliver Keymis (Grüne) griff die aktuelle Problematik der Zeitungslandschaft vor dem Hintergrund der ökonomischen Situation auf. Er gab zu bedenken, dass die Krise offenbar genutzt werde, um „einmal ein bisschen ökonomisch aufzuräumen“. Kritisch sah der Abgeordnete Fusionen

von Verlagshäusern, da dadurch Meinungsvielfalt und Medienvielfalt auf Dauer verloren gingen. Daher befürwortete der Grüne zwar grundsätzlich die Debatte um Fusionen, hob aber die Notwendigkeit von Grenzen hervor und machte auf Probleme im Kartell- und Verfassungsrecht aufmerksam. Mit Blick auf den Zeitpunkt des Koalitionsantrags – kurz vor Beantwortung der Großen Anfrage der SPD durch die Landesregierung – bedauerte Keymis, dass CDU und FDP „mit diesen Fragen doch eher politisch-strategisch als am Inhalt interessiert umgehen“.

Für die Landesregierung sprach Umweltminister **Eckhard Uhlenberg** (CDU) in Vertretung für den erkrankten Medienminister **Andreas Krautscheid** (CDU). Nicht verwundert zeigte sich der Minister über die Tatsache, dass vor dem Hintergrund sinkender Absatzzahlen regelmäßig „Meldungen über Kostensenkungs- und Restrukturierungspläne“ den Landtag erreichten. Er merkte an, dass Minister Krautscheid bereits Ende Oktober die Bestrebungen der Verlagshäuser, ihre ökonomischen Grundlagen zu festigen, begrüßt habe. Dennoch, mahnte Uhlenberg, dürfe die lokale Berichterstattung nicht leiden, da insbesondere diese ein „emotionales Bindeglied zwischen Zeitung und Leser“ sei. Daher wolle sich die Landesregierung dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für die Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Sven Focken-Kremer

Allen Studierenden einen Studienplatz

Eilanträge zur Zulassungssituation an Hochschulen

12. Februar 2009 – Mit einem „Chaos“ bei der Hochschulzulassung, so SPD und Grüne in Eilanträgen (Drs. 14/8575 und Drs. 14/8576), beschäftigte sich der Landtag im letzten Monat. Dabei ging es in erster Linie um die Frage, was aus der Institution der ehemaligen Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) werden solle. Allen Fraktionen war eine Beteiligung der Hochschulen am neuen Zulassungsverfahren wichtig.

„Eine Tragödie“ nannte Dr. Ruth Seidl (Grüne) das „jährliche Chaos bei der Hochschulzulassung“ in NRW. Die Studierenden müssten einen „Hindernisparscours“ bewältigen, weil die Regierung nicht in der Lage sei, ein geordnetes Nachrückverfahren auf die Beine zu stellen. Aus diesem Grund blieben jährlich Tausende von Studienplätzen unbesetzt. Seidl warf Minister Pinkwart vor, erstens kein vernünftiges Übergangsverfahren eingeleitet und zweitens nicht dafür gesorgt zu haben, dass sich alle Hochschulen am Zulassungsverfahren der ZVS beteiligen. Denn ohne diese Beteiligung werde man nie erreichen können, dass alle zur Verfügung stehenden Studienplätze auch tatsächlich besetzt würden, so Seidl.

Ein Bundeszulassungsgesetz hielt Karl Schultheis (SPD) für den besten Weg, um ein verlässliches und effizientes Zulassungsverfahren für alle Beteiligten sicherzustellen. Sollte dies nicht möglich sein, müsse eben Nordrhein-Westfalen mit einer gesetzlichen Regelung vorangehen. Die

Hochschulen forderte Schultheis auf, sich dann „ohne Wenn und Aber“ zur Teilnahme an dem zentralen Bewerbungsmanagement zu beteiligen. Nur so könnten die Zahl der Studierenden erhöht und die vorhandenen Studienplätze voll ausgenutzt werden. Das „Einschreibechaos“ passe nicht in eine moderne Hochschullandschaft und werde allein auf dem Rücken der vielen jungen studierwilligen Menschen ausge tragen, so Schultheis.

„So, wie es bis jetzt läuft, ist es noch unbefriedigend“, stellte Dr. Michael Brinkmeier (CDU) fest. Darin seien sich alle Fraktionen einig. Man müsse „danach streben, dass die Studienplätze optimal besetzt werden können, von der Anzahl her und natürlich auch vom zeitlichen Vergabeverfahren her“. Es stimme aber nicht, dass in NRW zehn bis 15 Prozent der Plätze unbesetzt blieben. Diese Zahl liege „deutlich unter zehn Prozent“ und konzentriere sich auf wenige Hochschulen. Daher sei das Problem „überschaubar“. Das zentrale Problem sei „die Rolle der Hochschu-

len, was die Teilnahme am Vergabeverfahren betrifft“. Dabei sei „das Prinzip der Freiwilligkeit wichtig“, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Christian Lindner (FDP) betonte, dass die FDP die ZVS als „Behörde, die eine Kinderlandverschickung organisiert“, abschaffen wolle – jedoch nicht ersatzlos. Stattdessen solle eine Institution geschaffen werden, die den Hochschulen Service biete, die aber auch Dienstleistungen für Studierende erbringe. Noch seien „technische Hürden“ zu bewältigen, aber ab dem Wintersemester 2009/2010 werde es diese Service-Einrichtung geben. „Damit ist die ‚Kinderlandverschickung‘ beendet“, so Lindner. Die Hochschulen hätten neue Rechte, sich ihre Studierenden auszusuchen, gleichzeitig werde den Studierenden geholfen, „den Studienplatz zu bekommen, den sie haben wollen und der zu ihnen passt“.

„Ihre Vorwürfe laufen absolut ins Leere“, kommentierte Hochschulminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) die Eilanträge der Opposition. Die Unterstellung, 20 Prozent der Studienplätze in NRW würden nicht besetzt, treffe nicht zu. Es handle sich lediglich um sieben Prozent an Universitäten und um ein Prozent an Fachhochschulen. Dies liege häufig daran, dass manche Studierenden sich in letzter Minute anders entschieden. Das Hochschulzulassungsreformgesetz mit der Ratifizierung des Staatsvertrags über die Errichtung einer gemeinsamen Stiftung für Hochschulzulassung sei bereits im November 2008 beschlossen worden. Bis Sommer 2009 werde die ZVS in eine Servicestelle für Hochschulzulassung umgewandelt. *Saskia Gelleszun*



Europa verstehen

Über die Ziele der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 informierte sich der Hauptausschuss des Landtags in einem Gespräch mit Botschaftsrat Dr. Ales Macik (links, mit Linda Málková). Damit setzte der Ausschuss unter Vorsitz von Werner Jostmeier (CDU, rechts) seine Informationsreihe „Europa verstehen“ fort, in der Gäste aus dem europäischen Ausland regelmäßig mit Abgeordneten diskutieren. Erstmals hat die Republik Tschechien im Januar 2009 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Wie der Botschaftsrat dem Ausschuss mitteilte, wolle sich sein Land insbesondere für die Wirtschafts- und Energiepolitik sowie für die gemeinsame Außenpolitik der EU engagieren. Auch die Partnerschaft mit Nordrhein-Westfalen solle vertieft werden, so Macik. *Fotos: Schälte*

464 Millionen Euro für die Hochschulen

Geldsegen löst im Landtag Freude und offene Fragen aus

12. Februar 2009 – Erfreut nahmen Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen den zusätzlichen Geldsegen aus dem Konjunkturförderprogramm II für den Hochschulbereich zur Kenntnis. Die Regierungskoalition sah dies als „zusätzlichen Schub“ für die von ihnen eingeleiteten Schritte. Die Opposition bewertete die Maßnahmen dagegen vor allem als eine notwendige Schließung von „Sanierungslücken“; außerdem komme der größere Anteil der 464 Millionen Euro gar nicht bei den Hochschulen an.

Dr. Anna Boos (SPD) am Rednerpult und
Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP)



Fotos: Schälte

„Seit 2005 geht es mit der NRW-Hochschullandschaft beständig bergauf!“, zeigte **Manfred Kuhmichel** (CDU) sich mit den bisherigen Initiativen der Landespolitik hinsichtlich der Lehre und Forschung rundum zufrieden. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes – vorgesehen sind 464 Millionen Euro für NRW – würden einen zusätzlichen Schub bringen. Im Einzelnen seien 200 Millionen Euro für Universitätskliniken, 120 Millionen Euro für Studentenwohnheime, 60 Millionen Euro für kleinere Baumaßnahmen an den Universitäten und Hochschulen und 80 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vorgesehen. Damit erweise sich das Konjunkturpaket II nicht nur als „kommunal-, sondern auch als hochschulfreundlich“. Gemeinsam mit den bereits beschlossenen Schritten, die bis 2020 insgesamt 8 Milliarden Euro Förderung vorsähen, werde dies den „Modernisierungstau“ auflösen.

Auch **Christian Lindner** (FDP) begrüßte das Angebot des Bundes als Ergänzung dessen, was die Koalition bereits in einem „Kraftakt“ für Universitäten und Hochschulen beschlossen habe. Der FDP-Politiker bemängelte allerdings nochmals, dass die Grundlage des Konjunkturförderpakets II nicht richtig gesetzt worden sei. Er hätte sich vielmehr verstärkte Impulse und Entlastungen über



Manfred Kuhmichel (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Ruth Seidl (Grüne)

das Steuerrecht gewünscht. Außerdem hätten die zusätzlichen Mittel für den Hochschulbereich auch ein Ergebnis des „Bildungsgipfels“ aus dem Jahr 2008 sein können. Dennoch, so Lindner, werde das, was jetzt an Möglichkeiten geboten werde, in Nordrhein-Westfalen „politisch sauber“ umgesetzt. Die Mittel sollten insbesondere so verwandt werden, dass sie über eine „energetische Modernisierung“ zu einer dauerhaften Senkung der Betriebskosten z. B. von Studentenwohnungen führten, forderte er.

„Bestens angelegt“, so **Dr. Anna Boos** (SPD), sei jeder Euro, der in Bildung investiert werde. Er würde sich langfristig und nachhaltig rentieren. Sie begrüßte ebenfalls die geplanten Maßnahmen für die Universitäten, die Hochschulen und die Stu-

dierenden. Damit werde eine „Sanierungslücke“ geschlossen, was ohne die Bundesmittel nicht möglich gewesen sei. In diesem Zusammenhang bewertete sie die aktuelle Initiative als weiteren Schritt zur „Aufweichung“ des Prinzips, den Bund aus der Bildung herauszuhalten. Auf dessen Förderung bei der Kinderbetreuung sowie bei der Schulinfrastruktur folge jetzt eine Subventionierung der Hochschulinfrastruktur. Abschließend wollte die SPD-Sprecherin wissen, wie die Mittel innerhalb der einzelnen Hochschulen aufgeteilt und ob die Maßnahmen ohne Mehrkosten für die Betroffenen erfolgen würden.

Eine falsche Verwendung der Mittel warf dagegen **Dr. Ruth Seidl** (Grüne) der Landesregierung vor. Von den 464 Millionen Euro gehe der Löwenanteil (200 Millionen) an die Universitätskliniken und dort unter anderem in die Grundinstandsetzung von OP- und Behandlungsbereichen. „Sie stopfen mit diesen Mitteln Löcher im Bereich der Krankenversorgung“, kritisierte die Grüne. Zweitens seien die 120 Millionen Euro für Studentenwohnungen nur ein Ausgleich für die „drastische“ Kürzung der Mittel für die Studentenwerke in den letzten Jahren. Nach den 80 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschungsorganisationen stünden die Hochschulen – also der eigentliche Empfänger – mit 60 Millionen für „kleinere Baumaßnahmen“ nur an vierter Stelle der Verteilungskette. Seidls Vorwurf an die Regierung: „Sie lassen die Studierenden buchstäblich im Regen sitzen.“

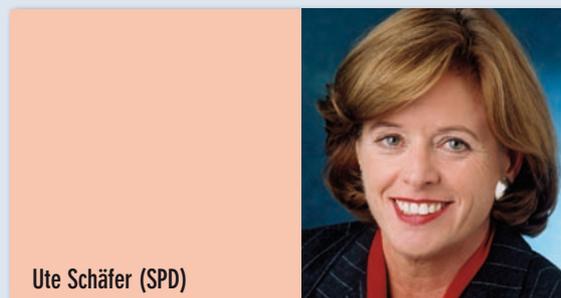
Wissenschaftsminister **Prof. Andreas Pinkwart** (FDP) freute sich dagegen zunächst einmal über die Aufmerksamkeit für Studierende sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im universitären Bereich. Zusätzlich zu den „riesigen Kraftanstrengungen“ des Landes, die bis zum Jahr 2020 insgesamt 8 Milliarden Euro für den Hochschulbereich und 1,3 Milliarden Euro für Fachhochschulen vorsähen, stünden nunmehr noch 464 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Übrigen kämen auch davon 116 Millionen aus der Landeskasse. „Diese Landesregierung investiert in Forschung und Bildung“, so der FDP-Politiker. Beim Bildungsgipfel im Sommer 2008 sei der SPD-Bundesfinanzminister offenbar noch nicht so weit gewesen, dieses Thema als Priorität für die Zukunftsgestaltung zu setzen. cw

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Klaus Kaiser (CDU)



Ute Schäfer (SPD)

Im 21. Jahrhundert bedeutet Bildung ...

... die soziale Frage. Denn Bildung entscheidet über berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen. Und in einer Welt zunehmender Unübersichtlichkeit ist eine Grund- und Wertebildung entscheidend, um sich in der Wissensgesellschaft zurechtzufinden, nicht zuletzt auch in unserer Demokratie.

... die einzige Möglichkeit, Zukunftschancen zu sichern. Bildung und Wissen sind die Basis der sozialen Demokratie und damit elementare Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben. Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist heute die Grundlage für eine erfolgreiche Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

Soziale Herkunft ist im nordrhein-westfälischen Bildungssystem ...

... bisher noch zu stark maßgebend für den Bildungserfolg. Mehr Schülerorientierung und individuelle Förderung verbessern die Chancen für Kinder aus bildungsfernen Familien. Die Einheitsschule löst das Problem übrigens nicht, wenn 30 Prozent der Gesamtschüler ihre Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen.

... leider auch im 21. Jahrhundert bestimmend für den persönlichen Bildungserfolg. Die Landesregierung verschärft mit ihrer Bildungspolitik die soziale Auslese. Die SPD tritt ein für eine solide Elementarbildung in den Kitas, längeres gemeinsames Lernen, den Bildungsganztag und Gebührenfreiheit für Bildung von der Kita bis zum Hochschulstudium.

Die beruflichen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer werden sich in den nächsten Jahren ...

... auch weiter verändern. Deshalb ist die neue Lehrerausbildung so wichtig, damit neue gesellschaftliche Herausforderungen wie die zunehmenden Integrationsaufgaben Eingang in die Ausbildung der Lehrer finden. Trotz neuer Möglichkeiten in der Fortbildung sind weitere passgenaue Angebote erforderlich.

... weiter verändern. Wir brauchen eine gute Ausbildung, Qualifizierung und Fortbildung. Die Landesregierung hat wertvolle Zeit zur Überarbeitung der landeseigenen Tarifstruktur verstreichen lassen, den Mangelfacherlass ohne Not abgeschafft. Nun ist der bundesweite Wettbewerb um Lehrkräfte ein Standortnachteil für NRW.

Der Bologna-Prozess stellt die Lehre an Schulen und Hochschulen vor die Herausforderung ...

... Schülern und Studierenden das notwendige Fachwissen konzentrierter und motivierender zu vermitteln. Das neue Schulgesetz und das Hochschulfreiheitsgesetz bilden die beste Voraussetzung, um dieses Ziel zu verwirklichen.

... die Studiengänge in Nordrhein-Westfalen auf Bachelor- und Masterabschlüsse umzustellen und gleichzeitig die hohen Qualitätsstandards unserer Universitäten und Fachhochschulen zu sichern.

Im internationalen Wettbewerb um „kluge Köpfe“ sind unsere Hochschulen ...

... durch unser Hochschulfreiheitsgesetz exzellente Forschungs- und Bildungseinrichtungen ohne bürokratische Hemmnisse und Gängelungen durch den Staat. Die Aufhebung des Vergaberahmens für Professorengehälter bildet einen weiteren Vorteil, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein.

... zunehmend gefährdet. Die Hochschulpolitik der Landesregierung zeigt kaum noch Gestaltungswillen. Studiengebühren und das Chaos bei der Vergabe von Studienplätzen sind Hemmschuhe für eine quantitative Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft.

Durch die Gründung neuer Fachhochschulen wird der Bildungsstandort NRW ...

... noch attraktiver, insbesondere für Studierende in ingenieurwissenschaftlichen Fächern. Die neuen Einrichtungen schaffen außerdem zusätzliche Studienplätze insbesondere für die doppelten Abiturjahrgänge.

... zwar neue Studienplätze erhalten. Das reicht in NRW nicht aus. Der jetzt schon bestehende Fachkräftemangel und der doppelte Abiturjahrgang erfordern die massive Ausweitung von Studienplätzen an den bestehenden Hochschulstandorten.

Um das Interesse junger Menschen an naturwissenschaftlichen Fächern zu fördern, ist es notwendig, ...

... vom Kindergarten bis zum Abitur das Interesse an naturwissenschaftlichen Phänomenen zu wecken und zu entwickeln. Gerade in den naturwissenschaftlichen Fächern brauchen wir gute Pädagogen und Didaktiker, um aus Neugier fachliches Wissen und wissenschaftliches Interesse zu entwickeln.

... die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Die Entscheidung von CDU und FDP im Jahr 2005, die intensiv erprobte Einführung des Fachs Naturwissenschaften in den Klassen fünf und sechs zu stoppen, ohne die Evaluation abzuwarten, war ein bildungspolitisches Fiasko für NRW.

Diesmal sind es die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen

Ingrid Pieper-von Heiden
(FDP)



Sigrid Beer (Grüne)



... die beste und wichtigste Investition in die Zukunft der Kinder. Bildung ist der Grundstein für individuellen Erfolg und ein ausgefülltes Leben. FDP und CDU haben trotz der desaströsen Finanzlage in NRW nahezu 7.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und 1,4 Milliarden Euro in Schulbildung investiert.

... unter der rot-grünen Vorgängerregierung das entscheidende Merkmal für den Bildungserfolg gewesen. Mit dieser himmelschreienden sozialen Ungerechtigkeit von Rot-Grün machen wir seit 2005 Schluss. Alle Kinder müssen die besten Bildungschancen haben, unabhängig von ihrer Herkunft – dafür sorgen wir.

... erheblich verändern. FDP und CDU haben beschlossen, die Lehrerausbildung grundlegend zu modernisieren. Die Lehrerausbildung wird praxisnäher und professioneller. Wir wollen die begabungsgerechte, individuelle Förderung jedes Kindes gewährleisten, dazu brauchen wir gut ausgebildete Lehrer.

... den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zukünftig neben einem vertieften Fachwissen kompetenzorientierte Fertigkeiten zur Wissenserlangung und damit die Fähigkeiten zur eigenverantwortlichen Lebens- und Berufsgestaltung zu vermitteln.

... mit dem Hochschulfreiheitsgesetz und den strukturellen und finanziellen Reformen auf einem hervorragenden Weg, um mit der Spitze in aller Welt zu konkurrieren.

... maßgeblich gestärkt. Wir schaffen in den nächsten Jahren insgesamt 11.000 neue Studienplätze an den Fachhochschulen. Mit Innovationsminister Andreas Pinkwart an der Spitze schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass künftig jeder aus NRW, der studieren möchte, auch einen guten Studienplatz bekommt.

... Kinder und Jugendliche frühzeitig schon in der Grundschule für diese Fächer zu begeistern und zu einer individuellen Ansprache und einem verbesserten didaktischen Unterricht zu kommen.

... eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung, die kognitive, soziale und emotionale Fähigkeiten stärkt. Das eigene Leben, das Zusammenleben und die Demokratie nachhaltig gestalten, Probleme lösen können, Bereitschaft zur Verantwortung, das sind die Schlüsselkompetenzen, die zu einer Bildung für alle gehören.

... in skandalöser Weise entscheidend für die Bildungschancen eines Kindes. Das wirkt sich vor allem beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen aus. Das Sortieren der Schüler/innen in die Schulformen des gegliederten Systems verstärkt die Benachteiligungen und die Chancenungleichheit.

... weiter darauf konzentrieren, dass die Lehrkräfte als Lernbegleiter/-innen und Experten/-innen für den Erwerb von Kompetenzen mit den Schüler/-innen zusammenarbeiten. Der Entwicklung der personalen und sozialen Kompetenzen muss neben dem Erwerb von Fachkompetenzen in der Ausbildung der Lehrkräfte ein größeres Gewicht verliehen werden.

... den Studierenden noch genug Zeit und Raum zu lassen, auch über den Tellerrand des eng durchgetakteten BA/MA-Studiengangs hinaus andere wissenschaftliche Disziplinen wahrnehmen und reflektieren zu können. Hochschul(aus)bildung muss mehr sein, als das Abarbeiten von Credit Points.

... darauf angewiesen, attraktive Arbeits- und Forschungsbedingungen sowie eine gute Studienbegleitung und Betreuung für die Studierenden bieten zu können. Alle klugen Köpfe zu fördern heißt aber auch, keine Barrieren durch Studiengebühren zu schaffen und die Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen zu erweitern.

... nicht ausreichend für die Deckung der Studienplatzbedarfe, verstärkt durch den doppelten Abiturjahrgang, ausgestattet. NRW hinkt beim Hochschulpakt I bedenklich hinterher. Wir brauchen auch volkswirtschaftlich begründet mehr Studierende, mehr erfolgreiche Hochschulabsolvent/-innen und mehr akademischen Nachwuchs.

... Neugier, Freude am Entdecken und die Lust am Lernen von der Kita an durch die gesamte Schulzeit hindurch zu pflegen. NW-Unterricht muss auch stattfinden! NW-Fächer müssen als Schwerpunkt im Abitur möglich sein. Das verhindert die gerade verabschiedete Ausbildungsordnung der gymnasialen Oberstufe.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/8650	Nachtragshaushaltsgesetz 2009 LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	Ausschussberatungen bis 26. März 2009, Anhörung am 17.3.2009	14/8176	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	abschließende Beratungen am 26.3.2009
14/8644	Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen CDU, FDP	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	Ausschussberatungen bis 26. März 2009, Anhörung am 17.3.2009	14/8036	Änderung der Regelung der Ladenöffnungszeiten SPD	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend)	Weitere Ausschussberatungen am 25.3.2009
14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft LANDESREGIERUNG	Rechtsausschuss	1. Lesung 18./19.3.2009	14/8025	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform (federführend)	Anhörung am 25.3.2009
14/8630	Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag LANDESREGIERUNG	Hauptausschuss	1. Lesung 18./19.3.2009	14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend)	Anhörung am 25.3.2009
14/8554	Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform (federführend)	1. Lesung 18./19.3.2009	14/7925	Bergmanns-versorgungsschein LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Beratung mit Sachverständigen am 25.3.2009
14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	Erste Beratung im Ausschuss am 11.3.2009, Anhörung am 29.4.2009	14/7796	Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform (federführend)	2. Lesung 18.3.2009
14/8329	Förderung der politischen Partizipation zugewandelter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden GRÜNE	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend)	Anhörung am 26.3.2009	14/7792	Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in NRW LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	2. Lesung 18.3.2009
14/8291	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Bauen und Verkehr	2. Lesung 18.03.2009	14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, Beratung läuft
14/8290	Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (federführend)	Anhörung am 12.3.2009	14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Untergesetzliche Regelung durch Vereinbarung beabsichtigt – Beratungen laufen
				14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes SPD	Rechtsausschuss (federführend)	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

Abgeschlossene Gesetzgebung - vom 11./12. Februar 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/8090	Gesetz zur Erhebung von § 4 Absatz 1 Nummer 7 und Anlage 2 der Beihilfenverordnung in Gesetzesrang	CDU, FDP	2. Lesung am 11.2.2009	angenommen
14/7895	Geodatenzugangsgesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 11.2.2009	angenommen
14/7826	Wahlkreisgesetz	CDU, FDP	2. Lesung am 11.2.2009	angenommen
14/7497	Wohnungsbauförderungsgesetzes	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 11.2.2009	angenommen
14/7000	Haushaltsgesetz 2009	LANDESREGIERUNG	3. Lesung am 11.2.2009	angenommen
14/7001	Finanzplanung 2008-2012			
14/7002	Gemeindefinanzierungsgesetz			

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Zwischen mehr Unterricht und Lehrermangel

Fachleute diskutieren Reform und künftige Struktur der gymnasialen Oberstufe

4. Februar 2009 – In einer öffentlichen Anhörung haben Sachverständige über punktuelle Änderungen in der gymnasialen Oberstufe und bei der Abiturprüfung beraten. Im Fokus der Debatte im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) standen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl und die Wahl der Abiturfächer sowie die Frage, ob Sport als viertes Abiturfach in Zukunft wieder ermöglicht werden soll. Diskussionsgrundlage war ein Verordnungsentwurf des Schulministeriums vom 20. November 2008.

Im Sinne einer Verstärkung der Kernfächer Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache soll es künftig für die Schülerinnen und Schüler verpflichtend sein, zwei Fächer aus dieser Gruppe als Abiturprüfungsfächer zu wählen. Bislang genügte eines. Die geplante Regelung, so Konrad Großmann von der Rheinischen Direktorenvereinigung (RhDV), verbessere zwar die „Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler“, werde aber zwangsläufig zu einer Einschränkung der Wahl anderer Abiturfächer führen. Um naturwissenschaftlich besonders begabten Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, zwei Naturwissenschaften im Abitur zu belegen, sollte aus Sicht der RhDV langfristig in Erwägung gezogen werden, die Anzahl der Abiturfächer auf fünf zu erhöhen.

Joachim Miekisch, Vertreter des Landeselternrats der Gesamtschulen, sprach sich hingegen entschieden gegen die neue Be-

stimmung aus und wies darauf hin, dass eine Fokussierung der Fächer Deutsch, Fremdsprache und Mathematik „kein geeigneter Reformweg“ sei, um den bereits heute vorherrschenden Nachwuchsmangel in den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu reduzieren. Somit, so Miekisch, „hätte dies fatale Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft.“

Dr. Uwe Maerz von der Landeselternschaft der Gymnasien vertrat den Standpunkt, dass eine Stärkung der Kernfächer unter anderem der Forderung nach einer breiteren Allgemeinbildung voll und ganz Rechnung trage.

Eine weitere Bestimmung, die die Sachverständigen in der Ausschusssitzung konträr diskutierten, bezieht sich auf die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für den verkürzten Bildungsgang – zwölf statt dreizehn Jahre – in der gymnasialen Oberstufe. Damit die während der Kultusministerkonferenz vereinbarten 265 Wochenstunden für den gesamten Bildungsgang

garantiert werden können, soll die Pflichtstundenzahl künftig auf durchschnittlich 34 Wochenstunden pro Jahrgangsstufe erhöht werden. Hierbei sahen insbesondere Norbert Becker (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) sowie Joachim Miekisch einen dringenden „Nachbesorgungs- und Klärungsbedarf“. Davon ausgehend versuchte Miekisch aufzuzeigen, dass mit einer Erhöhung der Stundenzahl eine Verschlechterung des „bereits heute als nicht hinnehmbar zu bezeichnenden Unterrichtsausfalls“ einherginge. Diese Einschätzung teilte Johannes Struzek (LandeschülerInnenvertretung NRW), der in seinen Ausführungen feststellte, dass ein „Mehr an Unterricht“, ohne dass genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden, nicht im Sinne der Schülerinnen und Schüler sein könne. Konrad Großmann (RhDV) betonte dagegen, dass die zusätzlichen Unterrichtsstunden für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufen unter bestimmten Voraussetzungen durchaus zu bewältigen seien. Mehr Pflichtstunden in der gymnasialen Oberstufe führe zu mehr Nachmittagsunterricht – dies gelte insbesondere für diejenigen Jahrgänge, die nach zwölf Schuljahren Abitur machten. Daher müsse man die materielle und räumliche Ausstattung der Schulen dieser Gegebenheit anpassen. „Die Schüler sind in der Lage, die neuen Rahmenbedingungen zu schultern, aber nur dann, wenn die Schulen helfen“, so der Vertreter der Rheinischen Direktorenvereinigung.

Einig waren sich die Sachverständigen in puncto Lehrermangel. Um dieses grundsätzliche Problem vor allem in den Naturwissenschaften zu kompensieren und somit freie Lehrerstellen zu besetzen, richteten die Sachverständigen den dringenden Appell an die Landesregierung, auf qualifizierte Quereinsteiger, also nicht-ausgebildete Lehrkräfte, zurückzugreifen. Auch die Wiedereinführung von Sport als viertes Abiturfach wurde von der Mehrheit der Sachverständigen prinzipiell befürwortet.

Gordana Zecic

Beratung vor Sitzungsbeginn im Schulausschuss.
Foto: Schälte

Die Verordnung soll im Wesentlichen am 1. August 2010 in Kraft treten. Die Regelung zum Fach Sport als viertes Abiturfach gilt nach Verkündung.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Über den Stand der Bergungsarbeiten in den Trümmern des eingestürzten Kölner Stadtarchivs hat sich der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) in einer aktuellen Viertelstunde auf Antrag der SPD-Fraktion unterrichten lassen. Kulturstatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff informierte die Abgeordneten über die laufenden Maßnahmen und die landesweite Unterstützung zur Rettung möglichst vieler historischer Dokumente. Die Restaurierung beschädigter Bestände werde Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen, so der Staatssekretär. Die Ausschussmitglieder zeigten sich betroffen über den unwiederbringlichen Verlust national bedeutender Kulturgüter. Ungleich größer jedoch sei der Verlust von Menschenleben durch den Gebäudeeinsturz in der Kölner Severinstraße zu bewerten, machte der Kulturausschuss deutlich. Auch die Landtagsverwaltung unterstützt das Kölner Stadtarchiv. So hilft das Referat Informationsdienste bei der Bergung und Restaurierung von Archivgut. Der Landtag hat außerdem angeboten, bei Bedarf einen Auszubildenden des Archivs aufzunehmen und dessen Ausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste zeitweise fortzuführen. Darüber hinaus wollen die Informationsdienste des Landtags zur Düsseldorfer „Nacht der Museen“ am 9. Mai 2009 Spenden für die Restaurierung beschädigter Dokumente sammeln und interessierte Besucherinnen und Besucher über den Kulturgutschutz aufklären.

+++

Voraussichtlich bis zum Sommer will das NRW-Verkehrsministerium darüber entschieden haben, ob und wie das Verkehrsleitsystem „Ruhrpilot“ fortgeführt wird. Darüber informierte Staatssekretär Günter Kozlowski die Abgeordneten im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Zurzeit führe das Ministerium entsprechende Verhandlungen mit dem Hauptbetreiber Siemens. Das seit 2004 von Land und Privatunternehmen gemeinsam finanzierte System hatte ursprünglich zum Ziel, die aktuelle Straßenverkehrslage und die Situation im öffentlichen Nahverkehr des Ruhrgebiets aktuell zu erfassen sowie Prognosen über die weitere Verkehrsentwicklung zu treffen. Die Umsetzung des Projekts habe sich jedoch als weitaus schwieriger erwiesen als geplant, erklärte der Staatssekretär im Ausschuss. Zudem sei es den Betreibern bislang nicht gelungen, finanzielle Einnahmen über den Weiterverkauf

von Verkehrsinformationen zu erzielen. „Dem Projekt mangelt es an Transparenz“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Horst Becker und bat um einen entsprechenden Bericht zur Finanzlage des Ruhrpilots. Der Christdemokrat Heinz Sahnen appellierte an die Ausschussmitglieder, die für Sommer angekündigten Verhandlungsergebnisse abzuwarten.

+++

Die Qualität der universitären Lehre müsse verbessert werden, erklärten Sachverständige im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, Grüne). Sie befürworteten somit einen entsprechenden Antrag der Grünen (Drs. 14/6960), die Hochschuldidaktik stärker zu fördern. Vor diesem Hintergrund forderte zum

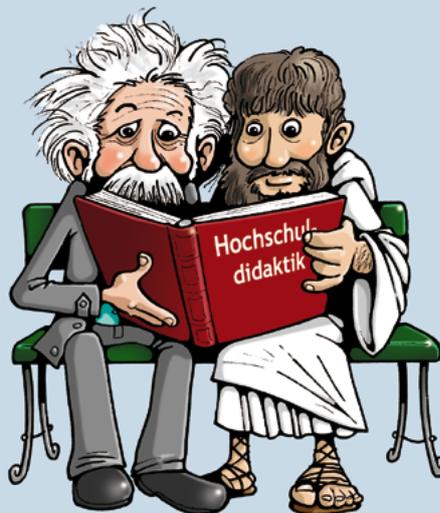


Illustration: Peter Flock

Beispiel Dr. Sabine Behrenbeck vom Deutschen Wissenschaftsrat eine „bessere Sachausstattung“ für die Universitäten. „Es gibt exzellente Lehre, aber es fehlt oft an Voraussetzungen“, meinte auch Prof. Andreas Speer (Universität Köln). Kritik an den Bachelor-Studiengängen übte im Ausschuss Privatdozent Dr. Ulrich Welbers (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Die Abschlüsse seien für einen „sinnvollen Berufseinstieg untauglich“. Eine Stärkung der Hochschuldidaktik sei daher notwendig, sagte Prof. Johannes Wildt (Technische Universität Dortmund). Es sei angebracht, die Hochschuldidaktik „in das Qualitätsmanagement der Universitäten einzubinden“. Dem schloss sich Dr. Nicole Auferkorte-Michaelis (Universität Duisburg-Essen) an. Dr. Christian Berthold (CHE Consult GmbH) entgegen-

te, Hochschuldidaktik setze Standards herab. Stattdessen solle die Landespolitik besser das vorhandene Studienangebot überdenken.

+++

Aufgrund der Sondersitzung des Landtags unter anderem zum Kommunalwahltermin (siehe Bericht auf Seite 3) musste der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) seine geplante Anhörung von Sachverständigen zur Lehrerausbildung verschieben. Sie findet nun statt am Mittwoch, 25. März 2009. Nähere Informationen zu den Sitzungsterminen aller Fachausschüsse finden sich im Internet (www.landtag.nrw.de) unter der Rubrik Aktuelles/Termine.

+++

Zur umstrittenen Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs hörten der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) sowie der **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) die Meinung von Sachverständigen. Die Fraktion der Grünen hatte zuvor in einem Antrag (Drs. 14/6331) gefordert, Werbung des Impfmittelherstellers an Schulen zu verbieten, da keine gesicherten Langzeit-Erkenntnisse über mögliche Nebenwirkungen der Impfung vorlägen. In der Anhörung äußerten auch Fachleute aus Wissenschaft und Praxis die Sorge, dass entsprechendes Werbematerial nicht unabhängig über die Impfung informiere. Bei der Beurteilung der Impfung gingen die Meinungen in der Anhörung allerdings weit auseinander. Während einige Fachleute die Impfung besonders für junge Frauen befürworteten, warnten andere Sachverständige vor einer überstürzten Impfung, zumal unabhängige Begleitforschung fehle.

+++

Wegen umfangreicher Umbauarbeiten in der Villa Horion kann der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD), der Bürgerinnen und Bürgern bei Ärger mit Ämtern und Behörden hilft, voraussichtlich bis zur Sommerpause keine weiteren Sprechstunden vor Ort anbieten. Sobald wieder Sprechstunden möglich sind, werden die Termine an dieser Stelle bekannt gegeben. Als Ausgleich sind auswärtige Bürgersprechstunden geplant. Näheres hierzu in einer der nächsten Ausgaben.

Foto: Schälte

Leistungszulagen für kommunale Beamtinnen und Beamte?

Kommunen fordern mehr Entscheidungsfreiheit beim Personal

Der Vorstoß der Landesregierung mit dem „Gesetz zur Stärkung der Personallhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 14/7792) stieß in einer öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Haushalt und Finanzen (Vorsitz Anke Brunn, SPD) sowie für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) auf breite Zustimmung. Die Abschaffung der Stellenobergrenzen sowie die Möglichkeit, durch eigenständige gesetzliche Regelungen auch Beamtinnen und Beamten Leistungsentgelte zahlen zu können, ähnlich wie den kommunalen Angestellten, wurde ausdrücklich begrüßt. Lediglich in einigen Punkten ging den Sachverständigen das Vorhaben der Landesregierung nicht weit genug.

Kristin Walsleben stellte als Vertreterin der kommunalen Spitzenverbände die Probleme innerhalb der kommunalen Betriebe heraus, die seit Inkrafttreten des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) im Jahre 2005 aufgetreten seien. Im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) habe es sich, insbesondere bei der Vergabe von Prämien an „gemischte Teams“, als motivationshemmend erwiesen, wenn Tarifbeschäftigte und Beamtete bei gleicher Arbeit unterschiedlich behandelt würden. Nachbesserungsbedarf beim Gesetzentwurf sah Walsleben bei der Berechnung der Leistungsentgelte für beamtete Beschäftigte. So beziehe sich das geplante Leistungsentgelt für Beamtinnen und Beamte nur auf das Grundgehalt, während bei Angestellten auch die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen einbezogen würden. Im Sinne der Gleichbehandlung, forderte sie, sollten auch für die beamteten Beschäftigten Zulagen einbezogen werden. Kommunen mit nicht genehmigungs-

fähigem Haushalt könne man zugestehen, das ihnen eröffnete Personalausgabenbudget auch für die Leistungsentgelte zu nutzen. So weit stimmten die Fachleute überein.

In seiner Funktion als Stadtdirektor von Soest berichtete Dirk Lönnecke (Landkreistag NRW) von seinen Erfahrungen mit dem aktuellen System und bezeichnete dieses als „demotivierend“. Das neue Gesetz bewertete er als gelungen, flexibel und auf kommunaler Ebene anwendbar.

GLEICHBEHANDLUNG

Wie Lönnecke forderte ebenso Wilfried Kruse, Vertreter der Landeshauptstadt Düsseldorf, dass nicht nur die Stellenobergrenzen, sondern auch weitere besoldungsrechtliche Obergrenzenregelungen entfallen sollten. In diesem Zusammenhang zu nennen seien insbesondere die Besoldungsgruppen A 9 mittlerer Dienst plus

Zulage sowie B 3. Zudem machte Kruse darauf aufmerksam, dass nach Beschlüssen des Verwaltungsgerichts Arnsberg aus dem Jahre 2007 die Besoldung der Beamten des Landes NRW seit 2003 nicht mehr den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprächen. Auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes dürfe man gespannt sein.

Roland Staude vom Beamtenbund dbb nrw hinterfragte die Freiwilligkeit der Zahlung von Leistungsentgelten kritisch. Sie „konterkarriere“ den Ansatz des neuen Gesetzes, Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte in dieser Hinsicht gleichzustellen.

FREIWILLIG?

Jochen Felix und Marita Klein, beide von der Gewerkschaft ver.di NRW, stimmten Staude und Lönnecke zu, gingen mit ihrer Kritik jedoch noch weiter. Eine „Kann-Regelung“ bei der Leistungsbezahlung von Beamteten sei allein deshalb nicht der richtige Weg, weil diese bereits durch „drastische Einsparungen“ in den letzten Jahren unter anderem bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie durch Arbeitszeitverlängerung ihre Entgelte selbst „vorfinanziert“ hätten. Da die finanzielle Situation vieler Kommunen aufgrund der Wirtschaftskrise noch gar nicht abschätzbar sei, sei zu befürchten, dass eine Verstetigung der freiwilligen Zahlungen nicht gewährleistet werden könne. Die Sachverständigen von ver.di sprachen sich als einzige gegen weitere Öffnungsklauseln für die Kommunen aus. Durch diese wachse die Kluft zwischen „armen und reichen“ Kommunen weiter an.

Als Vertreter der Kommunalgewerkschaft kombi sah Ulrich Silberbach dies anders. Es müsse Sonderregelungen für Beamtinnen und Beamte der Kommunen geben, da die Aufgaben und Dienstleistungen, die auf freiwilliger Basis für die Bürgerinnen und Bürger der Kommunen erbracht würden, höchst unterschiedlich seien.

„Es gibt nichts, was nicht noch besser geht“, meinte Dr. Emil Vesper vom Kommunalen Arbeitgeberverein Nordrhein-Westfalen. Das Gesetz sei zwar nicht ideal, aber sinnvoll und solle schnell beschlossen werden. Die Freiwilligkeit der Leistungsentgeltzahlung sei angesichts der finanziellen Lage der Kommunen verständlich. Eine einheitliche Umsetzung innerhalb der Kommunen sei allerdings wünschenswert.

Anica Bömkke

Studientag der CDU-Landtagsfraktion in Bad Driburg



Zweimal im Jahr berät die CDU-Landtagsfraktion in einer Klausurtagung über die programmatische Arbeit der kommenden Monate. Neben der „klassischen“ Klausur im Herbst auf dem Petersberg in Königswinter bei Bonn trifft sich die Fraktion zu einem sogenannten Studientag im Frühjahr an



Fraktionsvorsitzender Helmut Stahl (l.) und Parlamentarischer Geschäftsführer Peter Biesenbach.

wechselnden Orten zwischen Rhein, Weser und Lippe. In diesem Jahr trafen sich die CDU-Abgeordneten sowie Fraktionsmitarbeiter in Bad Driburg.

Medienpolitik, die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie Kommunalpolitik bildeten die Schwerpunkte des diesjährigen Studientags. So berichtete die Intendantin des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Monika Piel, über die „schöne neue Medienwelt“. Dr. Hans Reckers, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, erläuterte „Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise“ und Professor Dr. Volker Eichenher vom Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) referierte zum Thema „Lebenswerte Dörfer und Städte“. Darüber hinaus haben die CDU-Abgeordneten im Vorfeld der Kommunalwahl am 30. August 2009 eine kommunalpolitische Leistungsbilanz unter dem Titel „Für starke Kommunen in einem starken Land“ auf den Weg gebracht.

Bereits in den vergangenen Jahren ist die programmatische Arbeit der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion auf ihren Studientagen in bedeutende Positionspapiere gemündet: So wurde vor einem Jahr im sauerländischen Schmallenberg der Grundstein gelegt für „Eckpunkte der CDU-Landtagsfraktion für die Energiezukunft in NRW“, die unter dem Titel „Sicher – Sauber – Bezahlbar“ weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung fanden. Vor zwei Jahren beschäftigte sich die Fraktion auf dem Studientag im Kloster Marienfeld im Kreis Gütersloh mit „Familienbildung und externer Betreuung“. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage der Arbeit der CDU-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“, die ihren Abschlussbericht im Oktober des vergangenen Jahres vorgelegt hat. 2006 trafen sich die CDU-Abgeordneten im Vorfeld der Entscheidung über die Kulturhauptstadt 2010 in Essen. Dort verabschiedete die CDU-Landtagsfraktion ein Positionspapier unter dem Titel: „NRW braucht ein starkes Ruhrgebiet“. ■

Rasche: Interessen der Amateurfußballer stärker berücksichtigen



Der neue Bundesliga-Spielplan sorgt bei den nordrhein-westfälischen Amateurklubs für Ärger. Sie fürchten durch das künftige Bundesliga-Spiel um 15.30 Uhr Zuschauerschwund, Einnahmeverluste und einen generellen Interessensverlust am Amateurfußball. Christof Rasche (Foto), sportpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, fordert deshalb, dass die Deutsche Fußball Liga (DFL) und der Deutsche Fußball-Bund (DFB) mehr Rücksicht auf die Amateursportler nehmen. „Sie bilden das Rückgrat und die Basis des Fußballs. Ihre Interessen müssen besser gewahrt werden“, betont der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

DFL und DFB haben im neuen Bundesliga-Spielplan ein Spiel auf den frühen Sonntagnachmittagstermin gelegt. Bislang fanden hier Kreisliga-Spiele ohne Konkurrenz der 1. oder 2. Bundesliga statt. „Das ist ein fixer Termin für viele Familien. Kinder entdecken häufig am Platz die Begeisterung für den Fußball – und die nutzt dann wieder dem Profifußball.“

Der Breitensport in den Vereinen ist ein Schwerpunkt liberaler Sportpolitik. Rasche: „Gerade in NRW hat der Vereinssport eine wichtige gesellschaftliche Funktion.“ In Nordrhein-Westfalen gibt es 5.261 Fußballvereine mit über 38.000 Mannschaften. Von den 1,5 Millionen Mitgliedern sind mehr als 300.000 Mädchen und Frauen. „Vereinssport ist nicht nur gut für die Gesundheit, sondern leistet auch einen Beitrag für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.“

Der FDP-Sportpolitiker bedauert, dass es von Seiten des DFB und DFL bislang nicht zum Einlenken gekommen ist, obwohl die Amateurvereine die zu befürchtenden Probleme deutlich gemacht haben. „Solche Sorgen muss man ernst nehmen.“

Schauen die Fußballfans künftig am Sonntagnachmittag Bundesliga statt Kreisliga, müssten die Vereine künftig noch stärker als bisher um Zuschauer, Ehrenamtliche und Einnahmen kämpfen. Rasche regt daher an: „Auf das Spiel um



15.30 Uhr sollten die Verbände verzichten. Stattdessen sollte es möglich sein, künftig die Sonntagsspiele auf 17 Uhr und 19 Uhr zu legen.“ ■

SPD-Fraktion benennt Mitglieder für die Bundesversammlung



Die SPD im Düsseldorfer Landtag hat Anfang März die Mitglieder für die 13. Bundesversammlung zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes am 23. Mai 2009 benannt. Die nordrhein-westfälische SPD-Fraktion schickt insgesamt 53 Persönlichkeiten nach Berlin, die die

Bundespräsidentin bzw. den Bundespräsidenten wählen. Neben zahlreichen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gehören auch Persönlichkeiten dazu, die nicht Mitglied des Landtags sind. Darunter sind Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der SPD-Spitzenkandidat für die

Europawahl Martin Schulz, der frühere Evonik-Vorstandsvorsitzende Werner Müller, Handballbundestrainer Heiner Brand und der international anerkannte Cellist Thomas Beckmann, der sich seit Jahren sozial engagiert und bundesweit für die Belange Obdachloser kämpft. ■



Bildungspolitisches Damenquartett



Ein starkes Land braucht alle Talente“ – unter diesem Motto diskutierte auf Einladung der grünen Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann ein illustres „bildungspolitisches Damenquartett“ über die aktuellen Herausforderungen im Bildungssystem. Mit der ehemaligen nordrhein-westfälischen Schulministerin Gabi Behler (SPD), der Projektleiterin der Bertelsmann Stiftung Cornelia Stern und der grünen Schulsenatorin aus Hamburg Christa Goetsch setzte Sylvia Löhrmann bewusst auf eine explosive Mischung – und die hielt, was sie versprach: spannende und kontroverse Diskussionen über unterschiedliche Wege zu mehr Chancengleichheit und besseren Leistungen in den Schulen. Dass dabei die Weiterentwicklung des Unterrichts mit einer Veränderung der Schulstruktur Hand in Hand gehen muss, war unbestritten. Und auch in der Einschät-

zung, dass die schwarz-gelbe Landesregierung durch ihre Blockadehaltung wertvolle Zeit verliert, waren sich die Bildungspolitikerinnen einig. Während Gabi Behler für ein zweigliedriges Schulsystem plädierte, geht die grüne Schulsenatorin in Hamburg einen anderen Weg: Mit der

neuen Primarschule ist ein längeres gemeinsames Lernen verbunden und die intensive Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer. Das ist ein bemerkenswerter Schritt. In NRW wollen die Grünen aber weiter gehen. Hier gilt es, die Zusammenführung der Schulformen einschließlich des gymnasialen Bildungsganges – wie sie von vielen Kommunen gefordert wird – systematisch durch landespolitische Rahmensezung und gezielte Unterstützung voranzutreiben. Grüne Zielperspektive ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit, in einem Schulsystem, das sich an den skandinavischen Rahmenbedingungen orientiert. So können sich Chancengleichheit und bessere Leistungen als zwei Seiten einer Medaille voll entfalten. ■



Im Foto von links nach rechts: Sylvia Löhrmann MdL, Gabriele Behler, Stefan Lüke (Moderation), Cornelia Stern, Christa Goetsch

2009: Das Jahr der Wahlen

„Wir wollen mehr Europa!“

EU-Jugendforum zur Klima- und Energiepolitik

13. März 2009 – Europa erleben, das konnten 400 Schülerinnen und Schüler beim ersten europäischen Jugendforum im Landtag. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament hatte der Landtag die Jugendlichen eingeladen, im Plenarsaal über europäische Konzepte zur Klima- und Energiepolitik zu diskutieren.

Vor den Europawahlen am 7. Juni 2009 konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der weiterführenden Schulen somit praxisnah erleben, wie wichtig europapolitische Entscheidungen für den Alltag der Menschen sind. „Die Bedeutung der europäischen Union für unser Land wird doch noch viel zu häufig unterschätzt“, meinten zum Beispiel Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Nottuln. Daher sei es gerade für junge Leute gut, mehr über die Europäische Union zu erfahren. „Wir brauchen nicht weniger, wir

brauchen mehr Europa“, waren die Gäste überzeugt. Aus erster Hand erhielten sie von Landes- und Europapolitikern Informationen, mit welchen Maßnahmen die Europäische Union den Klimawandel aufzuhalten versucht.

Der Eindruck der Jugendlichen: „Nur wenn alle Staaten in Europa gemeinsam an einem Strang ziehen, können sie in der Klima- und Energiepolitik auch wirklich was erreichen.“ Mit großem Interesse beteiligten sie sich an den Debatten und stellten Vorschläge, die sie in Arbeitsgruppen formuliert hatten, zur Abstimmung. So sprach sich eine Mehrheit der Jugendlichen dafür aus, auf privaten Wohlstand zu verzichten, wenn das dem Klimaschutz zugutekäme.

Auf wenig Akzeptanz stießen dagegen die Vorschläge, europaweit einen autofreien Sonntag einzuführen, oder Warnhinweise aufs Autos zu kleben, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu verringern.

Auch weiterhin steht Europa im Mittelpunkt von Projekten und Veranstaltungen im Landtag. Am 9. und 10. Mai wird es eine „Europameile“ am Rheinufer und im Parlamentsgebäude geben. Außerdem soll sich auch der Jugend-Landtag vom 28. – 30. Juni 2009 mit einem Eurothema beschäftigen. Ansprechpartner: Sachbereich „Jugend und Parlament“, Dorothea Dietsch, Telefon (0211) 884-2450, E-Mail dorothea.dietsch@landtag.nrw.de SW



Fotos: Schälte



Porträt: Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)



Bei Ingrid Pieper-von Heiden geht immer alles schnell. Das kann man beobachten, wenn die lippische Abgeordnete durch die Gänge und Flure des Landtags eilt, das kann man hören, wenn sie am Rednerpult des Plenarsaals steht und mit beeindruckend vielen Wörtern pro Minute ihre Argumente vorträgt, das kann man auch an ihrer politischen Karriere sehen. 1996 trat die damals 48-Jährige in die FDP ein, damals noch in außerparlamentarischer Opposition, drei Monate später saß sie im Landesfachausschuss Bildungspolitik und noch einmal drei Monate später war sie bereits dessen Vorsitzende. In demselben Tempo ging es weiter: 1998 wurde sie zur Kreisvorsitzenden in Lippe gewählt, 2000 in den NRW-Landtag und in den FDP-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe, 2002 in den Landesvorstand ihrer Partei.

Dass sie sich nach Ausbildung, Berufstätigkeit und Familienleben politisch engagieren wollte, stand für Pieper-von Heiden schon zu Schulzeiten fest und dabei war es für sie ebenso eindeutig, dass dieses Engagement in der FDP stattfinden würde. Auch wenn sie in den 70er-Jahren Sympathien für den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) empfand, hingezogen fühlte sie sich zu anderen Parteien nie. Die Freiburger Thesen, Anfang der 70er-Jahre vom damaligen FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach entwickelt, waren ihre politische Richtschnur. Hinzu kam, dass sie aus einem liberalen Elternhaus stammt, auch wenn ihr Vater nicht Mitglied der Partei gewesen war.

Ihren langfristigen Lebensplan setzte Pieper-von Heiden Schritt für Schritt um. Nach

dem Schulbesuch in Lemgo arbeitete sie als Fremdsprachenkorrespondentin und Wirtschaftskorrespondentin, schloss ein Studium der Betriebswirtschaft an, arbeitete bis 1977 als Direktionsassistentin und legte dann eine zehnjährige Auszeit für die Familie ein, allerdings unterbrochen von gelegentlichen Einsätzen als Dolmetscherin für ihren alten Arbeitgeber auf internationalen Messen und Konferenzen. 1988 kehrte sie in das Berufsleben zurück, gab ihre Position aber schon zwei Jahre später für ihre alte Leidenschaft Politik wieder auf. 2000 wurde sie auf dem zunächst aussichtslos erscheinenden Platz 17 der FDP-Landesliste in den Landtag gewählt, mittlerweile muss sie sich um ihre Aufstellung und Wiederwahl nur wenig Sorgen machen.

Pieper-von Heiden ist mit Leib und Seele Bildungspolitikern und ihr besonderes Augenmerk gilt dabei hochbegabten Kindern. Schon als ihr mittlerweile 30 Jahre alter Sohn noch zur Schule ging und sie sich in der Elternvertretung engagierte, wurde ihr klar, dass viele dieser Kinder besondere Probleme haben. 2001, als die FDP in NRW in der Opposition war, gründete sie die Stiftung Bildung mit Spenden aus der Wirtschaft, die sie noch heute leitet. Die Stiftung hat mittlerweile einen Leitfaden für den Umgang mit Hochbegabten herausgebracht und Module für die Lehrerfortbildung entwickelt. Sie ist überzeugt, dass es in jeder Schulklasse ein paar Kinder gibt, die mit dem normalen Unterricht unterfordert sind. Erst nach und nach werde über dieses Problem offen gesprochen, sagt sie. Allerdings stecke Deutschland noch in den Anfängen. Es fehle an einer individuellen speziellen Förderung dieser Kinder, nicht zuletzt, weil auch die Lehrer darauf nicht vorbereitet seien.

Ingrid Pieper-von Heiden ist tief in ihrer lippischen Heimat verwurzelt. Sie bietet ihr die notwendige Sicherheit, hier leben ihre Freunde, hier erholt sie sich an Wochenenden vom Stress der Politik, unter anderem durch Joggen. Dreimal, wenn es gut geht, sonst zweimal schnürt sie am Wochenende die Laufschuhe und besonders stolz ist sie darauf, dass sie schon einmal erfolgreich den Hermannslauf von Detmold nach Bielefeld über gut 30 km geschafft hat und dabei den zehnten Platz in ihrer Altersgruppe belegte. Ihre eigenen Kochkünste stuft sie zwar selbst als äußerst bescheiden ein, umso mehr freut sie sich, wenn sie zu gutem Essen mit Freunden zusammentrifft, vor allem, wenn die Küche italienisch inspiriert ist. Italienisch soll auch der Rotwein sein, bei dem sie nach langen Arbeitstagen vor dem Schlafengehen noch einmal tief durchatmet. Und damit ihre Französisch-Kenntnisse nicht einrosten, liest sie einmal im Jahr ihr Lieblingsbuch, von Emile Zola „Au Bonheur des Dames“.

Peter Jansen

Video und Webcam: Live aus dem Landtag

Der Landtag NRW freut sich als Haus der Bürgerinnen und Bürger über einen regen Zustrom von Besucherinnen und Besuchern. Die Türen stehen ihnen offen – im Gebäude selbst wie auch über das Internet. Der Landtag hält nämlich ein breites Angebot an Fotos und Videos für Sie bereit. Dazu gehören Rundumansichten über das Landtagsgebäude ebenso wie Live-Impressionen vom Landtag und aus den Parlamentssitzungen. Zu finden ist dies alles auf der Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de in der Menüleiste links unter dem Punkt „Landtag Live“.

PER MAUSKlick IN DEN PLENARSaal

Unter „Kameras“ können Sie zwischen Außenansicht und dem Blick in den Plenarsaal wählen. Natürlich können Sie sich auch vergangene Landtagssitzungen auf den Bildschirm holen. Fast 1.000 Stunden Videoaufzeichnung der bis heute 117 Plenartage dieser Legislaturperiode (beginnend am 8. Juni 2005) sind im „Live-Archiv“ chronologisch hinterlegt; ältere Aufnahmen stellen wir gerne auf Nachfrage zur Verfügung. Sollte der „Real Player“, den Sie zum Abspielen der Videos benötigen, auf ihrem Rechner nicht vorhanden sein, können Sie ihn sich unter „Landtags-TV“ kostenlos herunterladen.

Sie wollen eine Plenarsitzung vor Ort miterleben? Bitte melden Sie sich etwa zwei Wochen vorher beim Besucherdienst an (Telefon 0211 884-2302, besucherdienst@landtag.nrw.de). *sow*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredakteur)

Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)

Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)

Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 18. bis 31. März 2009

19.3. Kress, Karl (CDU)	64
20.3. Peschkes, Hans Theo (SPD)	62
22.3. Gebhard, Heike (SPD)	55
22.3. Schäfer, Ute (SPD)	55
22.3. Stüttgen, Gerd (SPD)	43
22.3. Wiegand, Stefanie (SPD)	40
25.3. Jäger, Ralf (SPD)	48
25.3. Witzel, Ralf (FDP)	37
26.3. Dr. Wolf, Ingo (FDP)	54
30.3. Fasse, Marie-Luise (CDU)	61
31.3. Hüsken, Wolfgang (CDU)	61

Ehemalige Abgeordnete*

31.3. Dr. Dammeyer, Manfred (SPD)	70
-----------------------------------	----

* besondere Geburtstage ab 65

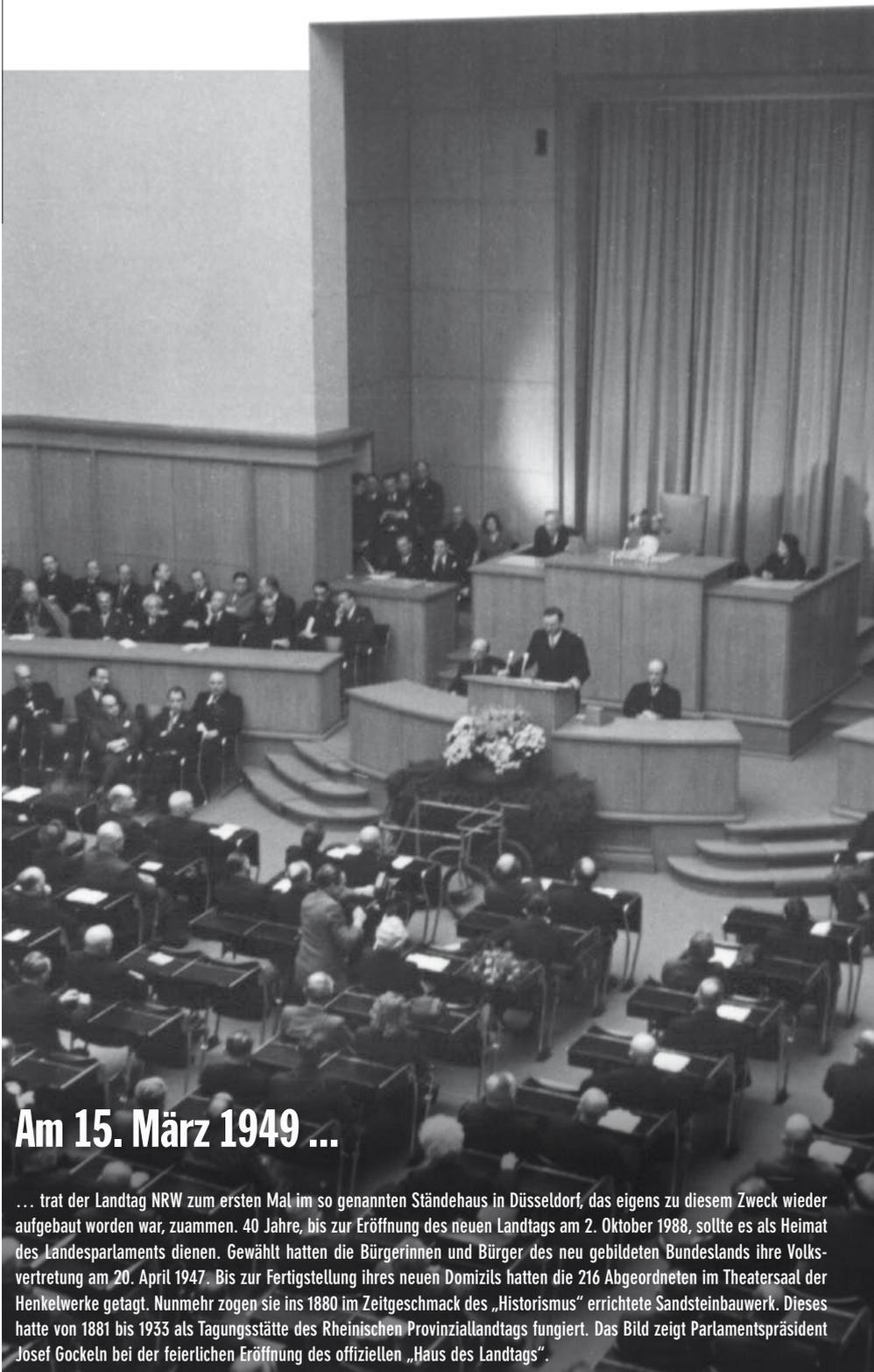
Der Osten der EU

Eindrücke aus den Ländern, die im Rahmen der großen Erweiterung vor mehr als fünf Jahren Mitglied in der Europäischen Union wurden, können ab dem 24. März 2009 im Landtag bestaunt werden. Die Wuppertaler Künstler Georg Janthur und Uwe Schloen haben Stadtansichten, Landschaften und Ausschnitte des täglichen Lebens in Bildern, Skulpturen und Fotos festgehalten. Wer Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Tschechien oder Ungarn besuchen möchte, braucht derzeit nur nach Düsseldorf zu fahren. Auch das jüngere EU-Mitglied Rumänien ist Teil der Ausstellung „1. Neopathetische Osterweiterung“, die bis zum 16. April zu sehen ist.

Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten (Tel. 0211 884-2129 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW für den 19. März 2009 ein: um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Am 15. März 1949 ...

... trat der Landtag NRW zum ersten Mal im so genannten Ständehaus in Düsseldorf, das eigens zu diesem Zweck wieder aufgebaut worden war, zusammen. 40 Jahre, bis zur Eröffnung des neuen Landtags am 2. Oktober 1988, sollte es als Heimat des Landesparlaments dienen. Gewählt hatten die Bürgerinnen und Bürger des neu gebildeten Bundeslands ihre Volksvertretung am 20. April 1947. Bis zur Fertigstellung ihres neuen Domizils hatten die 216 Abgeordneten im Theatersaal der Henkelwerke getagt. Nunmehr zogen sie ins 1880 im Zeitgeschmack des „Historismus“ errichtete Sandsteinbauwerk. Dieses hatte von 1881 bis 1953 als Tagungsstätte des Rheinischen Provinziallandtags fungiert. Das Bild zeigt Parlamentspräsident Josef Gockeln bei der feierlichen Eröffnung des offiziellen „Haus des Landtags“.